

N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche 21. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Gemeinde Schkopau am 10.01.2023

Bau- und Planungsausschuss

Schkopau, den 17.01.2023

Sitzung am: 10.01.2023

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:20 Uhr

Ort, Raum: 06258 Schkopau - OT Lochau, Hauptstraße 2, Gaststätte Lindenhof

Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

- TOP 1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
- TOP 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- TOP 3. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4. Entscheidung über die Einwendungen zur Niederschrift und Beschlussfassung über die Niederschrift der 20. Sitzung vom 24.11.2022 (öffentlicher Teil)
- TOP 5. Vorstellung, Diskussion und Beschluss zum Projekt "Interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet Bad Lauchstädt, Schkopau, Merseburg"
- TOP 6. Einwohnerfragestunde
- TOP 7. Bekanntgabe von (amtlichen) Mitteilungen
- TOP 8. Anfragen und Anregungen
- TOP 9. Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Sitzungsverlauf:

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Um 18:30 Uhr eröffnet Herr Jahnelt die Sitzung.

TOP 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind 6 von 7 Ausschussmitgliedern anwesend, wobei Herr Wanzek die erkrankte Frau Rauschenbach vertritt. Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 3. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es wird einstimmig festgestellt, nach vorliegender Tagesordnung zu verfahren.

TOP 4. Entscheidung über die Einwendungen zur Niederschrift und Beschlussfassung über die Niederschrift der 20. Sitzung vom 24.11.2022 (öffentlicher Teil)

Herr J. Schräpler merkt zu TOP 7 auf der letzten Seite an, dass seiner Meinung nach Herr Weiß geäußert habe, am 07.02.2023 zu den Planungsbüros auch die Fraktionsvorsitzenden einzuladen.

Herr Ringling will sich dazu im nichtöffentlichen Teil äußern.

Frau Ewald merkt an, dass die eingestellte Anwesenheitsliste vom 18.10.2022 ist und nicht zur Sitzung des Ausschusses passt.

Herr Jahnelt beauftragt die Verwaltung zur Korrektur.

Die Niederschrift wird mit den Anmerkungen mit 5 Ja-Stimmen und einer Enthaltung bestätigt.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 21. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Gemeinde Schkopau am 10.01.2023

TOP 5. Vorstellung, Diskussion und Beschluss zum Projekt "Interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet Bad Lauchstädt, Schkopau, Merseburg" **Vorlage: III/377/2022**

Herr Ivo Walther, Amtsleiter des Stadtentwicklungsamtes Merseburg, wurde zur Sitzung geladen. Er führt anhand einer erstmalig in der Öffentlichkeit vorgestellten Präsentation zum Sachverhalt aus.

Da der Star Park II in der Nachbargemeinde Kabelsketal gescheitert ist, die Nachfrage aus der Wirtschaft nach Gewerbeflächen jedoch wächst, wird weiter nach einem Standort für ein großes Industriegebiet gesucht.

Merseburg hat den „Airpark Merseburg“ ins Auge gefasst. Die Stadt plant gewerbliche Ansiedlungen im Airpark (Automobilzulieferer). Von Vorteil ist hierbei, dass die verkehrstechnische Anbindung über die Autobahn erfolgen kann. Man müsse durch keine Ortschaft fahren. Die Stadt Bad Lauchstädt buhlt um die Errichtung eines Batteriewerkes, jedoch ist ihre angedachte Gewerbefläche südlich von Milzau zu klein. Schkopau liegt mit seinen Flächen dazwischen. Das Arbeitskräftepotential der Region, die Infrastruktur mit Uni Halle, Fachhochschule Merseburg, Nähe zum Flughafen, Natur und Landschaft, Kitas, Schulen usw. sind an dem Standort von Vorteil. In dem Zusammenhang weist Herr Walter darauf hin, dass zwischen der ehemaligen Gemeinde Knapendorf und Merseburg bereits 1997 eine Vereinbarung geschlossen wurde, die Fläche zu entwickeln.

Mit einer interkommunalen Kooperationsvereinbarung soll eine Zusammenarbeit zwischen Merseburg, Bad Lauchstädt und Schkopau vereinbart werden, um gegenüber dem Landkreis Fördermittel einfordern zu können. Die 3 Kommunen bewerben sich gemeinsam als Ersatzstandort für den Starpark II. Zusammen haben sie eine rund doppelt so große Fläche aufzuweisen (ca. 450 ha, davon Schkopau ca. 115 ha), was positiv auf potentielle Investoren ausstrahlt. In dem Bereich liegen bereits Fern- und Medienleitungen, eine Wasserstoffleitung (Projekt Green Octopus) ist in Bearbeitung (enormer Energiebedarf). Eine direkte Wohnbebauung ist nicht gegeben.

Beim Landkreis wurde vorangefragt, was es für Hürden geben könnte. Mit Widerstand sei kaum zu rechnen meint Herr Walther.

Grundlage aller Planungen ist eine Machbarkeitsstudie. In dessen Ergebnis wird ein Ablaufplan zur Entwicklung der Flächen erarbeitet. Die 450 ha werden in verschiedene Baufelder aufgeteilt und sollen sukzessive entwickelt werden.

Herr Wanzek weist darauf hin, dass es in der Beschlussempfehlung Punkt 3 „Gemeinderat“ und nicht Stadtrat heißen muss. Weiterhin bemerkt er, dass für den Starpark II Fördermittel berechnet wurden, die sich nach der dortigen Flächengröße richteten. Er fragt, ob das für hier ausreichend sei.

Weiterhin scheiterte Starpark II daran, dass die Bürger sich nicht mitgenommen fühlten. Er fragt, ob es Überlegungen gibt, die Ortsteile zu informieren, bevor ein Beschluss gefasst wird. Er hätte auch gern Einsicht in die Kooperationsvereinbarung Merseburg-Knapendorf von 1997 Einsicht genommen.

Herr Walter meint, dass es schwierig sei, Aufwendungen und Einnahmen vorherzusehen. Die Idee, Bürgerveranstaltungen durchzuführen, findet er positiv.

Herr Ringling meint, dass die 450 ha die absolute Maximalversion darstellen. Er bittet den OBM von Knapendorf, den Ortschaftsrat zu dieser Planungsidee einzuberufen.

Herr Meyer berichtet, dass bereits im Flächennutzungsplan von 2000 auf diese Flächen Bezug genommen wurde. Der ehemalige Gemeinderat Knapendorf hatte sich damals ausführlich damit beschäftigt. Das Thema ist in seinem OT also nicht gänzlich unbekannt. Interessant ist es dennoch, das Votum der Bürger heute zu hören, bevor im Gemeinderat oder den Ausschüssen etwas kommuniziert wird.

Frau Ewald fragt, wem die Schkopauer Flächen gehören und wie sie genutzt werden.

Herr Ringling antwortet, dass dies Ackerland ist und die Flächen nicht der Gemeinde gehören.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 21. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Gemeinde Schkopau am 10.01.2023

Frau Ewald fragt, wie hoch die Chance ist, dass man mit dem ÖPNV auch angebunden wird.

Herr Walter verweist auf die Machbarkeitsstudie. Sie hat das Ziel, Förderungen und Ziele zu vereinbaren. Da der ÖPNV ein sehr wichtiges Thema ist, muss dies bereits in einer frühen Phase gemacht werden. Wenn man über die Aktivierung von Bahnverbindungen oder auch Straßenbahnanbindungen nachdenkt, wird das ein langwieriger Prozess.

Frau Ewald fragt nach Ausgleichsflächen.

Herr Walter meint, wenn dies nicht möglich sei, hat man immer noch die Möglichkeit, externe Ausgleichsflächen zu bringen.

Herr Riedel möchte wissen, wie es mit dem LKW-Verkehr aussieht. Bis wieviel km Umkreis wird geplant.

Herr Walter meint, dafür gebe es keine Maßzahl. Mit dem Verkehr beschäftigt sich auch die Machbarkeitsstudie.

Herr Ringling äußert, dass man für Jahrzehnte plane. Für industrielle Planungen muss man in anderen Maßstäben denken. Langfristig gilt es nicht nur, den Straßenverkehr zu fördern. Erste Wahl muss der Schienentransport sein.

Herr Schröppler vertritt die Meinung, dass Ausgleichsmaßnahmen nur „Augenwischerei“ sind. Die landwirtschaftlichen Flächen, die vernichtet werden, sind die besten, die wir haben. Die Leute, die vom Kohleausstieg betroffen sind, wohnen 50 km weit weg von der Fläche, die im Rahmen des Strukturwandels vorgesehen ist. Der Kohleausstieg bei uns hat bereits vor 25 Jahren stattgefunden.

Herr Ringling meint, Strukturwandel heißt nicht, dass die Gelder, die für den SK angedacht waren, auch hier bleiben. Richtig ist, dass wir Gewerbeflächen haben, die brach liegen. Interessant werden Flächen für Investoren jedoch erst ab etwa 20 ha. Im Moment gibt es von der Automobilindustrie die meisten Anfragen. Wir wollen auch produzierendes Gewerbe anderer Branchen haben.

Frau Ewald fragt: Was ist, wenn die Gelder nicht kommen? Wer bezahlt dann die Machbarkeitsstudie?

Herr Ringling äußert dazu, dass es bereits konkrete Gespräche bzw. Verhandlungen zu Bad Lauchstädt und Merseburg gibt. Merseburg und Bad Lauchstädt wollen ihre Flächenanteile auf jeden Fall entwickeln.

Herr Walther führt aus: Merseburg und Bad Lauchstädt bieten sich zur Zusammenarbeit an. Dann muss der Landkreis entscheiden, ob es was wird oder nicht. Das Geld für die Studie ist Teil der Entscheidung.

Herr E. Schröppler stellt fest, dass der Starpark II aus verschiedenen Gründen abgelehnt worden ist. So wollten z. B. Landwirte ihre Flächen nicht verkaufen. Er fragt, wie es hier aussieht.

Herr Ringling äußert, dass man nicht mit allen sprechen konnte. Es wurde jedoch die Sinnhaftigkeit der Unternehmung festgestellt sowie Zustimmung und Unterstützung zugesichert. Er verweist noch einmal darauf, dass die 450 ha eine Maximalausdehnung darstellen.

Herr Schmidt meint, dass ein Drittel der Beschlussvorlage nur Absichtserklärungen sind. Die Machbarkeitsstudie soll sich bitte sehr intensiv auch mit den Risiken beschäftigen.

Herr Walter berichtet, dass für die Abwicklung von Großprojekten der Landkreis eine Gesellschaft gegründet hat. Diese wird dann auch bei diesem Projekt tätig werden. Mit dem Programm Sachsen-Anhalt REVIER 2038 wird der Strukturwandel in Sachsen-Anhalt, speziell auch im Saalekreis unterstützt. Zur Energiesicherheit gehe man davon aus, dass diese sich in ein bis zwei Jahren normalisieren wird und eine positive Entwicklung nimmt. Die Infrastrukturen sind immer noch da.

Es muss in Zukunft mehr diversifiziert werden. Das schlägt sich auch im HH nieder.

Frau Ewald findet es unglücklich, dass die Beschlussvorlage unter diesem großen zeitlichen Druck zur Abstimmung kommt.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 21. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Gemeinde Schkopau am 10.01.2023

Herr Walter informiert, dass der Landkreis diese Entscheidung braucht, um selbst eine Entscheidung treffen zu können.

Frau Hoffmann gibt ein Statement zum Umwelt- und Klimaschutz ab. Sie berichtet u. a., dass mitten im Planungsgebiet die zweitgrößte Bienenfresserkolonie in Mitteldeutschland besteht. Man lebe hier in einer sehr trockenen Gegend. Ein Batteriewerk benötigt jedoch für seine Produktion viel Wasser. Da stellt sich die Frage, wo es herkommen soll.

Frau Ewald fragt, ob die Gemeindeverwaltung Schkopau die entsprechenden Mitarbeiter hat, die das Projekt begleiten können.

Herr Ringling äußert, dass er das angesprochen habe. Von der Gemeinde Schkopau wird keine inhaltliche Arbeit erwartet. Jedoch ist die Gemeinde als Rechtsnachfolger der ehemaligen Gemeinde Knapendorf an den Vertrag von 1997 gebunden.

Wasser wird immer ein Thema bleiben. Vieles, was aktuell in der Region geplant ist und wird, hat immer auch mit Wasser zu tun. Wenn wir jedoch die in unserer Region vorhandenen hohen Wertschöpfungsketten nicht nutzen, müssen wir auf lange Sicht unseren Lebensstandard zurückschrauben. Investoren kommen hierher, weil schon Industrie da ist.

Herr Wanzek weist auf den 2. Punkt der Empfehlung hin. Wenn er es richtig versteht, muss im Gemeinderat kein Beschluss dazu gefasst werden?

Herr Walther meint, das könne der Gemeinderat gerne tun.

Herr Ringling meint, dass dies eine Kooperationsvereinbarung ist.

Herr Jahnelt fragt ab, ob das geändert werden soll.

Herr Schmidt äußert, dass im 3. Punkt steht, dass die Verwaltung etwas erarbeiten soll, Herr Ringling aber gerade geäußert hat, dass die Verwaltung nicht über die entsprechenden Arbeitskräfte verfügt.

Herr Walther bekundet, dass man den Planungsvertrag als „Blaupause“ für alle Gemeinden nehmen kann. Die Stadt Merseburg bietet sich an, federführend zu sein. Der Beschluss ist ein Vorratsbeschluss, um entsprechende Vorbereitungen treffen zu können. Am Ende wird mit dem Aufstellungsbeschluss entschieden, was passieren soll.

Herr E. Schröppler findet es schon wichtig, dass jemand von Schkopau ähnlich den Interessenvertretern in Zweckverbänden das Projekt von Anfang an begleitet.

Herr Schmidt meint bezüglich der Empfehlung, dass der Gemeinderat Schkopau nicht eine andere Kommune beauftragen kann, für uns zu arbeiten.

Herr Ringling äußert dazu, dass es darum gehe, dass die 3 Kommunen zusammen an die Entwicklung der Fläche gehen sollen.

Herr Wilhelm äußert, dass die Machbarkeitsstudie der Dreh- und Angelpunkt ist. Im Gemeinderat muss eine tiefe Diskussion stattfinden. Er gibt Herr Schröppler Recht, dass ein kompetenter Vertreter der Gemeinde dabei sein sollte.

Herr Ringling würde sich dafür einsetzen, dass so etwas im Kooperationsvertrag fixiert wird. Man kann z. B. aufnehmen, dass 2 Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen.

Herr Jahnelt fragt, ob der 3. Punkt der Beschlussempfehlung für die Machbarkeitsstudie benötigt wird.

Herr Walter bekundet, dass man diesen weglassen könne.

N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche 21. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Gemeinde Schkopau am 10.01.2023

Der Empfehlungstext wird diskutiert und neu festgelegt.

- Der 1. Punkt soll bestehen bleiben.
- Im 2. Punkt soll
 - Bad Lauchstädt ergänzt werden mit „*Goethestadt*“,
 - Merseburg soll ergänzt werden mit „*Stadt*“.
 - Das letzte Wort dieses Punktes „*einzuweichen*“ soll ausgetauscht werden gegen „*zu erarbeiten und dem Gemeinderat zum Beschluss vorzulegen*“.
- Der 3. Punkt soll ausgeklammert werden

Herr Jahnel lässt darüber abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5

Nein-Stimmen: 1

Enthaltungen: 0

Frau Ewald fragt, wie die Machbarkeitsstudie zum Tragen kommt.

Herr Ringling antwortet, dass sie einzig und allein der Antragstellung dient.

Empfehlung:

Der Bauausschuss der Gemeinde Schkopau empfiehlt in seiner Sitzung am 10.01.2023 dem Gemeinderat der Gemeinde Schkopau:

1. Die Gemeinde Schkopau bewirbt sich flächenanteilig an der Entwicklung eines interkommunalen Industrie- und Gewerbegebietes als Leuchtturmprojekt des Strukturwandels des Saalekreises.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Kooperationsvereinbarung zur gemeinsamen Entwicklung des Industrie- und Gewerbegebietes mit den Nachbarkommunen Goethestadt Bad Lauchstädt und Stadt Merseburg zu erarbeiten und dem Gemeinderat zum Beschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Mitgliederzahl:	7
davon anwesend:	6
Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0
ausgeschlossene Gemeinderäte:	0

Gemäß § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG LSA) ist kein Mitglied des Ausschusses von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen

TOP 6. Einwohnerfragestunde

Die um 20:18 Uhr eröffnete Einwohnerfragestunde wird sogleich wieder geschlossen. Anwesende haben keine Fragen.

TOP 7. Bekanntgabe von (amtlichen) Mitteilungen

Zu diesem TOP gibt es keine Informationen.

TOP 8. Anfragen und Anregungen

Frau Ewald hat verschiedene Anliegen:

- Sie wünscht im nächsten Ausschuss oder Gemeinderat Informationen zum Sachstand 50 Hz.
- Wie ist der Sachstand zu den Bescheiden „Am Gartenweg“?

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 21. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Gemeinde Schkopau am 10.01.2023

- Es gab Gespräche zum Anschluss des GI/GE Raßnitz/Lochau bezüglich eines Kreisverkehrs.
Wie ist der letzte Stand?

Herr Jahnel wird die Themen in die nächste Ausschuss-Sitzung aufnehmen.

TOP 9. Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Um 20:20 Uhr schließt Herr Jahnel den öffentlichen Teil der Sitzung.



David Jahnel
Vorsitzender



Martina Thomas
Protokollführerin